

Aus unserer Chronik des Atommüllend(los)lagers Schwaben

28.09.1979 Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern zur Entsorgung der Kernkraftwerke (Auszüge):

„1. Die Regierungschefs von Bund und Ländern nehmen den Bericht des von ihnen am 6. Juli 1979 eingesetzten Staatssekretärausschusses zur Entsorgung der Kernkraftwerke zur Kenntnis und stimmen der Berechnung des Zwischenlagerbedarfs für abgebrannte Brennelemente bis zum Jahre 2000 zu. Sie bekräftigen den Grundsatz, daß die sichere Gewährleistung der Entsorgung der Kernkraftwerke eine der unabdingbaren Voraussetzungen für die weitere Nutzung und für den weiteren begrenzten Ausbau der Kernenergie bildet.

7. Die oberirdischen Fabrikationsanlagen für die eine oder andere Entsorgungstechnik sowie die Anlagen des Bundes zur Sicherstellung der Endlagerung der radioaktiven Abfälle werden spätestens zum Ende der 90er Jahre betriebsbereit gemacht. (Hervorhebung durch Unterstreichung von RK)

04.05.1983 Bundeskanzler Helmut Kohl sagt in seiner ersten Regierungserklärung nach der gewonnenen Bundestagswahl vom 6. März '83 mit Blick auf die atomaren Abfälle: *„Die Entsorgung muß und wird zügig verwirklicht werden.* <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/10/10004.pdf>]

13.Mai 1983 Wie am 9.9.09 die Süddeutsche Zeitung ans Licht bringt, wurde am 13.5.83 per Telex die PTB (Physikalisch-Technischen Bundesanstalt Vorgängerin des Bundesamtes für Strahlenschutz, BFS) von dem Forschungsministerium mit Kenntnis des Innenministeriums, dem damals noch der Umweltbereich zugeordnet war, gedrängt, den Bericht mit den Ergebnissen der Erkundung des Gorlebener Salzstocks so umzuschreiben, dass die Eignung als Endlager in Aussicht gestellt wurde. Bei den Bohrungen festgestellte Probleme wie das Fehlen einer wasserdichten Deckschicht in großen Bereichen sollten nur am Rande erwähnt und in der Bewertung als nicht so problematisch gewichtet werden.

09.02.1995 Umweltminister Goppel deutet bei der Beantwortung mündlicher Anfragen im Bayerischen Landtag an, daß ab 2010 in Bayern an neue Atommüll-Zwischenlager zu denken ist.

22.6.1999 In den Mittelschwäbischen Nachrichten steht: „Der Bau eines Zwischenlagers in Gundremmingen existiert derzeit nur als Notfall-Plan in der Schublade.

18.02.00 Günzburger Zeitung: Der Reporter Jürgen Bigelmayr berichtet nach den ersten Meldungen über den bevorstehenden Genehmigungsantrag für ein Atommüll-Lager aus der Gemeinde Gundremmingen:

„Befürworter und Gegner eines Zwischenlagers für abgebrannte Brennstäbe auf dem Areal des Atommeilers halten sich in der Momentaufnahme in etwa die Waage. Zehn von 23 nach dem Zufallsprinzip befragte Gundremminginger gaben an, mit einer Deponierung von radioaktiv

kontaminierten Stoffen, wie Plutonium und Cäsium, in unmittelbarer Nachbarschaft keine Probleme zu haben. Elf wollten das ‚Zeugs lieber weghaben‘. Zwei Befragte gaben sich unentschlossen oder ausweichend. Auffallend war, dass sich nur sieben der 23 Interviewpartner offen zu erkennen geben wollten. Bei den Bewohnern, die sich gegen die Zwischenlagerung am Reaktor aussprachen, stach überdies eine Haltung ins Auge, die unter dem gemeinsamen Nenner ‚Atomkraftwerk ja, aber der Müll? – weg damit!‘ zusammengefasst werden könnte.“

25.02.00 Süddeutsche Zeitung: „Grünen-Chefin Margarete Bause erklärte, ihre Partei werde diesen Zwischenlagern nur zustimmen, wenn die Restlaufzeiten für jedes Kraftwerk gesetzlich fixiert seien: ‚Die Pläne der AKW-Betreiber für überdimensionierte Zwischenlager lehnen wir entschieden ab.‘“ *[Anmerkung: Doch das Zwischenlager Gundremmingen wurde von dem dem grünen Bundesumweltminister J. Trittin unterstehenden Bundesamt für Strahlenschutz erheblich größer genehmigt als es für die damals genannte Restlaufzeit von rd. 32 Jahren erforderlich gewesen wäre; RK]*

25.2.00 Gemäß § 6 Atomgesetz beantragen drei Firmen die vorübergehende Aufbewahrung verbrauchter und dadurch extrem radioaktiv gewordener Brennelemente am Standort des Kernkraftwerkes Gundremmingen: RWE Energie AG, Bayernwerk AG, Kernkraftwerke Gundremmingen Betriebsgesellschaft mbH. Ursprünglich wurde ein Lagergebäude außerhalb des Betriebsgeländes vorgesehen. Aufbewahrt werden sollen „abgebrannte“ Brennelemente mit 2.500 Tonnen Uran, Spaltprodukten und Plutonium. Die maximale Dauerwärmeleistung soll 9.300 Kilowatt und die maximale Radioaktivität 3×10^{20} Bq betragen.

Auf der Homepage (www.krb.de) des AKW steht wahrheitswidrig: „Die beantragten Zwischenlager sind eine Reaktion auf die Verstopfungsstrategie der rot-grünen Bundesregierung.“

Nachdem man in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern und Hessen auf stabile atomfreundliche Regierungsmehrheiten setzt, und auch aus der Kommunalpolitik kein qualifizierter Widerstand kommt, wird für den Standort Gundremmingen wie auch für alle anderen baden-württembergischen, bayerischen und hessischen Standorte der Bau nur dünner Zwischenlagerhallen beantragt. Wandstärke: 0,85 m (Nördlich des Mains 1,2 m) und Deckenstärke: 0,55 m (nördlich des Mains 1,3 m).

Februar 2000 In Gemeinden, die in der Hauptwindrichtung des Akw liegen, sammeln u.a. die Frauen Sieglinde Akansu, Ulli Brenner, Marianne Günzel, Christine Kraus, Karin Krist, Martina Kummer, Gabi Mair und Petra Semet, innerhalb weniger Tage hunderte von Unterschriften gegen das beantragte Atommüll-Lager.

11.03.00 TAZ „Atommüll nicht zu entsorgen“. Der Umweltsachverständigenrat der Bundesregierung sagt, daß die Entsorgung des Atommülls eine wohl unlösbare Frage sei. Das Problem der Gasbildung in dem eingelagerten Müll sei kaum in den Griff zu bekommen. Angesichts der erforderlichen Einschlusszeit von etwa 1.000.000 Jahre müsse man damit

rechnen, daß früher oder später das Gas jede Barriere sprengen und dann die tödliche Radioaktivität freisetzen würde.

16.03.00 Die Wertinger Zeitung berichtet unter der Überschrift „CSU Günzburg und Dillingen ziehen an einem Strang“ daß laut Pressemitteilung man gemeinsam gegen das Zwischenlager aber auch „für den Weiterbetrieb des Kernkraftwerks Gundremmingen ist. Sie fordern, die Beibehaltung des Entsorgungskonzeptes von 1979. Unterzeichner sind: Dr. Theo Waigel, MdB, Georg Winter, MdL, Berta Schmid, MdL, Dr. Georg Simnacher, Bezirkstagspräsident, Dr. Anton Dietrich, Landrat, Alois Brunhuber, Bürgermeister von Offingen und Vorsitzender der CSU-Kreistagsfraktion Günzburg, Hans Raidel, MdB, Alfred Sauter, MdL, Hubert Hafner, Landrat.

17.03.00 Zu diesem Freitagabend hat der Gundremminger 1. Bürgermeister Wolfgang Mayer zu einer außerordentlichen Bürgerversammlung nach Gundremmingen ins Sportheim eingeladen. Zu der auf den Titelseiten der Zeitungen angekündigten Gundremminger Veranstaltung sind alle Landtags- und Bundestagsabgeordnete Schwabens eingeladen worden. An die Spitze drängen sich Theo Waigel (CSU), Alfred Sauter (CSU) und Bayerns Umweltminister Schnappauf (CSU). Den Vertretern von SPD und Grünen ist die Rolle der Übeltäter und den Vorständen von RWE die der unschuldigen Opfer zugedacht.

Schnappauf leugnet das Atommüllproblem und sagt: „Trittin knickt vor Steinewerfern und Schienenblockierern ein“. Er fordert, wie viele andere CSUler auch, umgehend wieder Castoren nach Ahaus und Gorleben zu schicken. Sauter bezeichnet deutsche AKWs als absolut sicher. Auf die Frage, ob dies auch für die länger als 100.000 Jahre erforderliche Endlagerung seiner Meinung nach gelte, sagt er bezeichnend: „Lassen Sie uns darüber in 100.000 Jahren reden.“ Herbert Müller, Vorsitzender der SPD Bayerisch-Swabens, sagt, das Atomlager in Gundremmingen müsse auf 54 Castor-Plätze beschränkt werden und es sei unverrückbar, daß im Jahr 2014 das AKW abgeschaltet werde. „Bürgermeister Wolfgang Mayer lässt keine Zweifel aufkommen: Ein Atommülllager in Gundremmingen kommt nicht in Frage.“ (SZ) (Südwest-Presse, Südd. Z. und Augsburg Allgemeine 20.3.00)

27.04.01 Mit einem vielleicht Unheil kündenden Satz macht das Bundesamt für Strahlenschutz die Auslegung der Antragsunterlagen bekannt: „Im Standort-Zwischenlager sollen abgebrannte Brennelemente so lange sicher aufbewahrt werden, bis ein Endlager im tiefen geologischen Untergrund zur Verfügung steht.“

13.6.01 Günzburger Zeitung: In einer Nebenbemerkung sagt der Gundremminger Kraftwerksleiter von Weihe im Offinger Gemeinderat Beängstigendes: >>Sollte Gundremmingen entgegen den Versprechungen ein Endlager werden, müssten beizeiten die Deckel ausgetauscht werden, ...

Juni 01 In den Mittelpunkt ihrer Bedenken gegen das geplante Zwischenlager stellen die Umweltschützer die Sorge vor Terroranschlägen und deren Folgen. Einen Artikel über einen Vortrag des FORUM-Vorsitzenden in Heidenheim überschrieb die Heidenheimer Neue Presse (22.6.01) mit: „Zwischenlager ist leicht zu treffendes Ziel für Terroristen“.

21.03.02 Das FORUM wandelt sich in einen eingetragenen Verein und nennt sich jetzt: *FORUM Gemeinsam gegen das Zwischenlager und für eine verantwortbare Energiepolitik e.V.* Damit soll eine Organisation geschaffen werden, um die erforderlichen Rechtsstreite bezahlen und begleiten zu können. Und die Mitglieder wollen, daß zum NEIN gegen das Zwischenlager auch das JA zu einer Verantwortbaren Energiepolitik tritt.

Januar 03 Der Präsident König des Bundesamtes für Strahlenschutz mahnt bei einer Anhörung der GRÜNEN im bayerischen Landtag, daß das Jahr 2030 für die Inbetriebnahme eines Endlagers angesichts der bis dahin noch erforderlichen Forschungen und Arbeiten ein sehr ehrgeiziger Termin sei. (vergl. 22.5.14)

Greenpeace Magazin 2/2004: Was passiert, wenn nichts passiert? "Aus technischer Sicht", sagt Jürgen Auer, Sprecher des Zwischenlagerbetreibers Brennelementlager Gorleben (BLG), "können die Abfälle beliebig lange zwischengelagert werden - mindestens 2000 Jahre." Erst dann werde die Eisenummantelung der Castoren eventuell spröde.

11.11.05 CDU.CSU und SPD unterzeichnen ihren Koalitionsvertrag. Zum Atommüll vereinbaren sie: >> CDU, CSU und SPD bekennen sich zur nationalen Verantwortung für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle und gehen die Lösung dieser Frage zügig und ergebnisorientiert an. Wir beabsichtigen in dieser Legislaturperiode zu einer Lösung zu kommen. << <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/019/1601963.pdf>

25.08.06 Das AKW Gundremmingen stellt die ersten drei Castoren in die neue Atommüll-Lagerhalle und fängt somit den Zwischenlagerbetrieb offiziell an. Damit wird Deutschlands größtes Atommüll-Lager in Betrieb genommen. Die auf 40 Jahre nach Einlagerungsbeginn befristete Genehmigung endet also am 24. August 2046

März 2019 Heiko Ringel, Geschäftsführer des AKW Gundremmingen, sagt beim Jahrespressegespräch, dass am Schluss 171 Castoren im Gundremminger Zwischenlager stehen werden. Die Bürgerinitiative Forum erinnert daran, dass in jedem einzelnen Castor mehr langdauernde Radioaktivität steckt als insgesamt langdauernde Radioaktivität aus dem explodierten AKW Tschernobyl freigesetzt worden ist.